LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/2645

A12

NRW LANDESBÜRO
FREIE DARSTELLENDE
KÜNSTE

STELLUNGNAHME ZUM ANTRAG VON SPD UND FDP: „DIE LANDESREGIERUNG MUSS DAS STERBEN FREIER THEATERHÄUSER IN NRW VERHINDERN“

Im Rahmen der Anhörung im Ausschuss für Kultur und Medien im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen am 26.06.2025 von Ulrike Seybold, Geschäftsführerin NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste

Ich bedanke mich sehr herzlich für die zweite Einladung in diesem Jahr als Sachverständige im Ausschuss für Kultur und Medien zu sprechen. Ich freue mich darüber, dass – bei aller Unerfreulichkeit der Gesamtsituation – nun zumindest regelmäßig über die Freie Szene gesprochen wird. Bei der Anhörung am 13.03.25 und bei der Aktuellen Viertelstunde am 15.05.25 im AKM ging es primär um die überjährigen Förderprogramme, am 05.06.25 wurde im Plenum über den Tanz diskutiert und jetzt werden am 26.06.25 die Theaterhäuser verhandelt.

Jedes dieser Teilgebiete der Freien Darstellenden Szene in NRW hat seine Spezifika und hat deshalb seine Aufmerksamkeit und seine Einzelbetrachtung verdient. Aber – lassen Sie mich meine eigene Conclusio vorwegnehmen – die wichtigste Aufgabe ist es, besonders in diesen finanzpolitisch düsteren Zeiten, das Gesamtbild nicht aus dem Auge zu verlieren. NRW hat eine außergewöhnlich große, qualitätsvolle und vielfältige Tanz-, Theater- und Performanceszene und es bestehen wichtige und gewachsene Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Akteursgruppen. Zu jedem sinnvollen Blick auf ein einzelnes Mosaiksteinchen gehört im zweiten Schritt der Blick auf die gesamte Szene. Diesen Blick nehmen wir als Fachverband ein und diesen wünsche ich mir ebenso von Kulturpolitik und Kulturverwaltung.

Hier nun aber zunächst ein paar Einschätzungen zur Situation der Theaterhäuser, um die es im vorliegenden Antrag zentral geht:

Spielstätten und Produktionshäuser sind essentiell wichtig für eine starke Szene im Land. Sie sind die Schnittstelle an der Kunst sichtbar wird und an der die Begegnung mit dem Publikum stattfindet. Natürlich sind Theaterhäuser nicht gleich Theaterhäuser: Es gibt sie in klein, groß und mittel, spartenoffen und spartengebunden, mit eigenem Ensemble oder als reines Gastspiel- oder Produktionshaus, institutionell vom Land gefördert oder nur über Projekte...usw. Allein zu dieser Anhörung, sind drei Vertreter*innen sehr unterschiedlicher Häuser geladen, die sicher selbst plastisch schildern werden, wo ihre vielen Aufgaben liegen und warum so ein Theaterhaus so viel mehr ist als einfach nur ein Ort mit einer Bühne.

Gemeinsam ist ihnen aber allen, dass keines besonders üppig finanziell ausgestattet ist – im Gegenteil: Bis auf ein paar wenige sehr große Theaterhäuser sind die Bedingungen sogar prekär. Gemein ist allen Häusern auch, dass dort selbstverständlich ein Overhead benötigt wird und vor allem auch qualifiziertes Personal aus nicht-künstlerischen Berufen. Und, hier stimme ich dem vorliegenden Antrag bedingungslos zu, diese Festangestellten sind ein nicht genügend betrachteter Aspekt in der bisherigen Debatte um die faire Bezahlung im Kulturbereich.

Es gibt, so wie es der Antrag benennt, hier keinen Schutz nach unten, außer dem gesetzlichen Mindestlohn. Und das Steigen des Mindestlohns stellt zumindest einige der kleineren Häuser bereits vor unüberwindbare Aufgaben. Einen echten tariflichen Schutz darüber hinaus gibt es nicht – obwohl von den Häusern mit öffentlichen Geldern öffentliche Aufgaben übernommen werden. Allerdings ist es bei institutionell geförderten Theaterstrukturen oft Praxis, dass die Einordnung einer Stelle gemäß dem Tarifvertrag der Länder erfolgt und im Rahmen des Besserstellungsverbots anhand der Bedingungen dieses TVL argumentiert werden muss. Das halte ich grundsätzlich für keine schlechte Praxis, denn es gibt eine nachvollziehbare Bezugsgröße und einen guten Orientierungsrahmen.

Allerdings beginnt es dort problematisch zu werden, wo es keine Garantie dafür gibt, dass diese Anlehnung einer Stelle an den TVL dauerhaft finanziert werden kann. Das Theaterhaus als Arbeitgeber hat keinerlei Sicherheit, dass ein Fortschreiten von Erfahrungsstufen oder gar Tariferhöhungen vom Fördergeber mitgetragen werden. In der Vergangenheit gab es vom Land meist jährlich einen kleinen Aufwuchs, um Personalkostensteigerungen zumindest teilweise auszugleichen zu können. Dieser blieb aber in 2025 meines Wissens bereits vollständig aus. Es ist offensichtlich, dass qualifizierte Betriebswirt*innen, Techniker*innen, Projektmanager*innen etc. unter diesen Bedingungen kaum noch zu finden und/oder zu halten sind.

Steigerungen beim Mindestlohn, Tarifsteigerungen, Inflation…All das betrifft die Freie Szene ebenso wie den Rest der Gesellschaft. Wenn man also die Strukturen dauerhaft erhalten möchte – auch hier stimme ich dem Antrag von SPD und FDP vorbehaltlos zu – ist eine selbstverständliche Dynamisierung der Förderungen absolut notwendig.

Richtig ist auch, dass die Häuser zusätzlich von den Mindesthonoraren und der ab Januar 2026 spartenübergreifend geltenden Honorarmatrix betroffen sind, da neben den Festangestellten selbstverständlich auch künstlerische Honorare bezahlt werden müssen. Die Aussichten für eine adäquate Gegenfinanzierung durch das Land scheinen gerade immer düsterer zu werden. Es gibt zumindest bislang noch keinerlei Aussagen darüber, wie es ab 2026 für die Häuser weitergehen soll. Ich weiß von einzelnen Theaterhäusern, die berechnet haben, 30 bis 40 Prozent weniger Programm machen zu können, wenn keine entsprechenden Aufwüchse erfolgen. Wir stehen als Verband nach wie vor zur Einführung verbindlicher Honoraruntergrenzen – aber ohne Gegenfinanzierung wird das katastrophale Folgen haben. Ich erlaube mir, hierzu meine Worte aus der Stellungnahme zur Anhörung am 13.03.2025 wortwörtlich zu wiederholen:

`Es darf nicht passieren, dass dieses grundsätzlich sinnvolle Unterfangen, das mehr soziale Sicherheit für Künstler*innen schaffen sollte, zu einer Reduzierung der Vielfalt der nordrhein-westfälischen Kulturszene führt und zahlreiche Akteur*innen in ihrer Existenz bedroht, statt sie abzusichern. Dringliche Worte über die gesellschaftliche Konsequenz einer solchen Entwicklung kann ich mir einem Kulturausschuss gegenüber sparen – umso mehr bitte ich Sie alle, diesbezüglich mit voller Energie in ihre jeweiligen Fraktionen hineinzuwirken. Das zugrundeliegende Kulturgesetzbuch wurde von einem Landesparlament beschlossen, nun sollte ebendieses gemeinsam Verantwortung dafür tragen, dass keine die gute Idee konterkarierenden Konsequenzen entstehen.`

Ich habe weiter oben beschrieben, dass mir kein Aufwuchs für die Häuser in 2025 bekannt ist; hier muss ich eine kleine Einschränkung hinterherschicken:

Die institutionell geförderten Häuser im Bereich Kinder- und Jugendtheater sollen insgesamt 120.000 Euro mehr bekommen, diese Summe soll meines Wissens auf zwölf geförderte Häuser verteilt werden. Diese können zwar sicherlich jeden Euro gut gebrauchen, aber es ist es nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Viel schlimmer daran ist aber, dass das, was vom MKW als „Aufwuchs von 7,3 Prozent für die Häuser des Kinder- und Jugendtheaters“ bezeichnet wird, äußerst schmerzhaft an anderer Stelle innerhalb des gleichen Bereichs weggekürzt wird: Bei der Spitzenförderung für das Kinder- und Jugendtheater.

Auch wenn Sie es vermutlich alle in der aktuellen Viertelstunde am 15.05.2025 zum Thema mitbekommen haben, so möchte ich es trotzdem noch einmal genauer erläutern:

Aus ehemals 480.000 Euro Spitzenförderung für die Gruppen des Kinder- und Jugendtheaters sollten nach den anfänglichen Plänen des Ministeriums 240.000 Euro gemacht werden. Davon sollten aber nur noch 120.000 Euro an die Gruppen vergeben werden und die oben benannten 120.000 Euro an die Häuser umgelenkt werden. Nach den Protesten aus der Szene wurden immerhin nochmals 120.000 Euro für die Gruppen dazugelegt. Dennoch stehen nach wie vor von ehemals insgesamt 480.000 Euro nur noch 360.000 Euro für den Bereich Kinder- und Jugendtheater zur Verfügung. Dies als Aufwuchs zu benennen ist zynisch; gegenüber denen, bei denen es weggenommen wird genauso wie gegenüber denen, die es als eine Gabe mit bitterem Beigeschmack bekommen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht nur erneut die Frage nach der finanzpolitischen Notwendigkeit und dem Nutzen so kleiner Sparbeträge für den Gesamthaushalt stellen; ich möchte vor allem auch dringlich darum bitten, dass wir das Kind wenigstens bei seinem Namen nennen: Wir haben es hier mit einer Umverteilung innerhalb einer Kürzung zu tun – und mitnichten mit einem Aufwuchs!

Wie oben schon erläutert, natürlich benötigen auch die Häuser jeden Cent, das steht außer Frage. Da es sich aber leider nicht um frisches Geld handelt, müssen hier eine konzeptionelle Entscheidungen getroffen worden sein, die

sich mir bis heute nicht erschließen: Zum einen die Entscheidung, dass das Geld im Zweifel bei den Häusern besser aufgehoben ist als bei den Gruppen. Und zum anderen die, dass diese Einschätzung aber nur für den Bereich des Kinder- und Jugendtheaters gilt. Denn im Bereich des Theaters für erwachsenes Publikum stand von Beginn an „nur“ die Halbierung der Exzellenz- und Spitzenförderung auf dem Plan. Es war nie die Rede davon, dass irgendeine Hälfte einer Hälfte auch an die Häuser umverteilt werden soll. Dabei könnten es die Häuser hier ebenso genauso gebrauchen; und bei den Gruppen wäre es genauso schmerzhaft es wegzunehmen.

Aus welchen kulturpolitischen Gedanken speist sich diese Ungleichbehandlung von Theater für junges Publikum und Theater für Erwachsene? Aus Fachverbandssicht wird zwar für unterschiedliche Zielgruppen produziert, es stellen sich ggf. auch andere Fragen an Formate und Vermittlung. Aber es sind beides professionelle Teilfelder ein- und derselben Szene, die Arbeitsbedingungen und die Strukturen sind die gleichen, die unterschiedlichen Wege in der Förderung, die nun beschritten werden sollen sind ohne Erläuterung nicht nachvollziehbar.

Das gleiche gilt übrigens auch für den Tanz. Dieser ist ein weiterer Teilbereich derselben Szene, mit identischen Arbeitsbedingungen. Ich erlaube mir hier kurz zum Antrag „Tanz als Bestandteil kultureller Bildung in Nordrhein-Westfalen stärken – Strukturen sichern und Teilhabe erhalten!" (MMD18-14022) zu springen, der am 05.06.2025 auf der Tagesordnung des Plenums stand. Ich war beim Lesen des Protokolls (ab S.82) sehr verwundert, dass Ministerin Ina Brandes die Sorgen, die auch im Bereich Tanz durch die Kürzungen der Spitzenförderung entstehen, so gar nicht nachvollziehen konnte.

Denn zum einen sind es auch Gruppen aus dem Tanz, die von der faktisch ausgesprochenen Kürzung in der Spitzenförderung Kinder- und Jugendtheater konkret betroffen sind; drei von aktuell sechs Geförderten kommen aus dem Tanz. Zum anderen liegt zwar die Entscheidung über die nächste Spitzen- und Exzellenzförderung Tanz tatsächlich noch etwas in der Zukunft, aber wenn bei zwei Teilen einer Förderlinie gekürzt wird, dann ist doch die Sorge mehr als naheliegend, dass auch beim dritten Teil gekürzt werden wird. Und wenn das nicht so geplant sein sollte, dann bräuchte es wiederum zumindest eine klare konzeptionelle Erklärung.

Dies nur als ein weiteres Beispiel dafür, dass nicht zusammengedacht wird, was zusammengehört. Alle drei Teilbereiche – Theater, Kinder- und Jugendtheater und Tanz – werden gemeinsam und mit identischen Fristen in der Allgemeinen Projektförderung und in der Konzeptionsförderung gefördert. Dass es bei der Spitzen- und Exzellenzförderung diese Verschiebung in der Zeitlichkeit gibt, ist ausschließlich historisch gewachsen und wir waren im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem nrw landesbuero tanz und dem Fachreferat im Ministerium in Gesprächen darüber, wie man diese Diskrepanz beheben und die Fristen mittelfristig angleichen kann.

Alle Teilbereiche der Theater- Tanz und Performanceszene sind gleichermaßen auf dieselbe Fördersystematik angewiesen; auf dieselbe Pyramide, die nun zu einzustürzen droht. Dass hier Informationen zum Planungsstand nur

scheibchenweise frei werden und auch nur dort, wo der zeitliche Druck unmittelbar am größten ist, verunsichert extrem; und wirft die berechtigte Frage danach auf, wie stark das Bekenntnis zu diesem ehemals bundesweit als vorbildlich geltenden System noch ist.

Solange es keine Perspektive für das Gesamtsystem gibt, muss sich auch die Freude über kleine Zugeständnisse – wie die Teilrücknahme der Kürzung bei der Spitzenförderung für Theater für junges Publikum – in Grenzen halten. Denn wir wissen noch nicht, ob diese Summe hinter den Kulissen gedanklich schon an anderer Stelle abgezogen wurde. Vielleicht bei der Konzeptionsförderung, der internationalen Kulturförderung oder der Projektförderung.

Sehen Sie mir die gedanklichen Sprünge, zwischen Häusern und Gruppen und zwischen verschiedenen Förderprogrammen nach. Aber diese Dinge sind aus Fachverbandssicht nicht zu trennen: Es hilft den Theaterhäusern nichts, wenn sie auskömmlich ausgestattete Infrastrukturen haben, aber keine qualitätsvolle Kunst zeigen können, weil im Land nicht mehr ausreichend produziert werden kann – und es bringt den Theatergruppen nichts, wenn sie zwar neue Stücke produzieren können, aber keine professionell ausgestatteten Orte haben, an denen sie diese aufführen können.

Ich verstehe, dass es nicht immer ganz einfach ist die Zusammenhänge in diesem vielschichtigen und gewachsenen System nachzuvollziehen. Es ist mir auch wichtig zu betonen, dass wir als Verband nicht der Meinung sind, dass alles an diesen Strukturen so perfekt ist, dass nie wieder irgendetwas neu gedacht und verändert werden darf. Wir hatten selbst gemeinsam mit dem nrw landesbuero tanz und dem Fachreferat begonnen über sinnvolle Justierungen zu sprechen. Und auch mit den Bezirksregierungen gab es konstruktive Gespräche über potentielle Vereinfachungen der Fördersystematik.

Aber wenn man in ein System engen Wechselbeziehungen eingreifen möchte, darf man Dinge weder übers Knie brechen noch einem Spardiktat unterwerfen, wenn nicht erheblicher Schaden entstehen soll. Man braucht vor allem – ich wiederhole mich – einen bedachten und systematisierten Gesamtblick.

Zunächst wäre es dafür schon grundlegend hilfreich, zu verstehen, wie viel Geld eigentlich aktuell in diese Szene fließt, und ob alle beteiligten Akteur*innen dasselbe meinen, wenn Sie von der Freien Darstellenden Szene sprechen. Die Ministerin nannte in der aktuellen Viertelstunde am 15.05.2025 eine Jahressumme von 17 Millionen Euro, die in die Szene fließen würde; der einschlägige Haushaltstitel liegt 2025 bei 14,2 Millionen und es wurden bereits einige Projekte gekürzt, die eigentlich in diesem Titel verbucht sein müssten. Meine Fragen hieran hatte ich bereits zur Anhörung im März formuliert.

Ein Instrument, das mehr Klarheit schaffen könnte, ist der Kulturförderbericht, leider stammt jedoch der letzte veröffentlichte aus dem Jahr 2022. Der Wunsch nach einer aktuelleren Version ist nicht nur der vieler

Kulturschaffender, sondern Gesetzeslage nach dem Kulturgesetzbuch:

„Das für Kultur zuständige Ministerium erstellt und veröffentlicht jährlich einen Kulturförderbericht, in dem die wesentlichen Fördermaßnahmen der Kulturförderung des Landes in ihrer Gesamtheit und ihren Zusammenhängen dargestellt werden.“ (§24, Abs.3)

Den Status quo nachvollziehbarer zu machen wäre ein guter erster Schritt. Der konsequent folgende nächste wäre dann, eine verbindliche Entwicklungsplanung unter Betrachtung der Spezifika der Sparten und unter frühzeitiger und ernstgemeinter Einbeziehung von Fachverbänden und Akteur*innen. Auch dies ist eigentlich bereits im Kulturgesetzbuch verbrieft:

„Ziel der Kulturentwicklungsplanung des Landes sind Verbindlichkeit und Planungssicherheit für die Kulturverantwortlichen. (…) In spartenbezogenen Konferenzen wird die Kulturentwicklungsplanung begleitet und evaluiert. Dies beinhaltet auch die Mitwirkung bei der Evaluation der Richtlinie nach § 22.“ (§ 25 Abs. 1 u. 4)

Gelingensbedingung hierbei ist selbstverständlich ein grundsätzliches politisches Bekenntnis zur Freien Szene. Ein Bekenntnis, das mehr sein muss als reine Beteuerung, sondern ein echter und beherzter Einsatz dafür, diese vielgestaltige Szene nicht nur trotz, sondern sogar gerade wegen der schwierigen Zeiten zu erhalten. Denn, auch hier gehe ich mit dem der Anhörung zugrundeliegenden Antrag absolut mit: Die Freie Szene ist ein Raum der Begegnung, des Austauschs von unterschiedlichen Perspektiven, des Aushaltens von Ambiguität, des Arbeitens in Netzwerken, des kritischen Befragens und des flexiblen Anpassens an Gegebenheiten. Dies alles sind überlebenswichtige soziale Fähigkeiten, die eine unabdingbare Grundlage für eine friedliche Gesellschaft und das Gelingen von Demokratie legen. Und dafür sollte es sich doch allemal lohnen, sich gemeinsam einzusetzen!

Das NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste steht jederzeit weiterhin für konstruktive Gespräche bereit.

Dortmund 18.06.2025

Ulrike Seybold, Geschäftsführerin NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste e.V.